

Volker Rühle:

Adresse / 2 R

## Die Weichen für eine gute Zukunft jetzt stellen

**Liebe Freunde,**

die Weihnachtsfeiertage sind vorüber, und das neue Jahr hat begonnen. Ich hoffe, Sie hatten Zeit und Muße, sich im Kreise Ihrer Familie und Freunde zu erholen und Kraft zu tanken für die vor uns liegenden Aufgaben und Entscheidungen. Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Arbeit im zurückliegenden Jahr und bitte Sie, auch in diesem für uns alle so wichtigen Jahr für die Politik der CDU und des Bundeskanzlers einzutreten.

1. Das Jahr 1990 wird ein Schicksalsjahr für uns Deutsche werden. Wir leben in einer Zeit des Umbruchs und der Neuorientierung. Die Weichen für eine gute Zukunft in Deutschland müssen wir jetzt stellen. Vor uns liegen große Herausforderungen, deren Ausmaß zum Teil noch gar nicht abschätzbar ist. Sie bieten Hoffnungen und Chancen, aber auch Risiken und Gefahren. Die Welt ist in Bewegung. Darum braucht unser Land in dieser historischen Situation eine weitsichtige und verantwortungsbewußte Politik.

Die Annäherung zwischen den USA und der UdSSR, die auf die konsequent erfolgte Politik der westlichen Staaten, auf die Gorbatschow mit Glasnost und Perestroika reagierte, zurückzuführen ist, hat völlig neue Dimensionen weltweiter Zusammenarbeit eröffnet. In den Abrüstungsverhandlungen ist

(Fortsetzung auf Seite 2)

### HEUTE AKTUELL

#### ● Ostpolitik

Der Warschauer Vertrag gilt. Dazu der Wortlaut des mit großer Mehrheit angenommenen Entschlusses des CDU/CSU- und FDP-Fraktion vom 8. November 1989 im Deutschen Bundestag. Seite 5/6

#### ● Helmut Kohl

1989 war für den Bundeskanzler vor allen Dingen in der Außenpolitik ein sehr erfolgreiches Jahr. Ein Rückblick der Kölnischen Rundschau mit Auszügen der internationalen Presse. Seite 7/8

#### ● SPD

Eine argumentative Auseinandersetzung mit dem neuen Grundgesetzprogramm der SPD. Seite 29

#### ● Steuerreform

In den nächsten Wochen geht es darum, die Vorteile für alle Steuerzahler in den Vordergrund zu stellen. Tips und Informationsmaterialien. Seite 38/39

#### ● Öffentlichkeitsarbeit

Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel. Rosa Teil

#### ● Dokumentation

12 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl. Grüner Teil

endlich der große Durchbruch möglich. Die EG wird in nur drei Jahren den Europäischen Binnenmarkt verwirklichen: freier Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr in einem Markt mit 320 Millionen Menschen — mit vielen Vorteilen für uns Deutsche und unsere exportabhängige Wirtschaft. Während die EG weiter zusammenwächst, setzen sich in den Staaten Mittel- und Osteuropas in einer gewaltlosen Revolution der Völker die Ideale der Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie durch. Für uns Deutsche steht die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen und nach der staatlichen Einheit unseres Vaterlandes auf der Tagesordnung.

### **Außenpolitisch verlässlich und wirtschaftlich leistungsfähig**

2. In dieser Zeit großer Veränderungen müssen die Wähler in der Bundesrepublik Deutschland darüber entscheiden, ob auch in Zukunft die Handlungsfähigkeit des Staates gesichert ist und ob unser Land außenpolitisch verlässlich sowie wirtschaftlich und sozial leistungsfähig bleibt. Nur die Fortsetzung der bewährten Regierungskoalition von CDU, CSU und FDP wird unserem Land auch in Zukunft Wohlstand und Sicherheit garantieren und ist gleichzeitig die Voraussetzung dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland ihren Beitrag zur weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte, von Freiheit und Demokratie und zur Beseitigung von Hunger und Armut leisten kann. Nur die Regierung Helmut Kohl besitzt ein überzeugendes Konzept, um unseren Landsleuten in der DDR und den Reformkräften in den osteuropäischen Ländern schnell und spürbar zu helfen.

**Vor diesem Hintergrund werden die Kommunal- und Landtagswahlen dieses Jahres über die Startvoraussetzungen für die Bundestagswahl entscheiden, deren Ausgang für uns Deutsche schicksalhafte Bedeutung hat.**

Die Bundesrepublik braucht gerade jetzt politische Kontinuität, sie braucht auch künftig die Regierung Helmut Kohl. Unser Land kann sich weder Unregierbarkeit aufgrund unklarer Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag leisten, noch darf es zur rot-grünen Experimentierwiese werden. Wir werden den Bürgern die politischen Unterschiede zwischen einem rot-grünen Bündnis und der Union klar aufzeigen:

■ Wer die deutsche Einheit abgeschrieben hat wie die Grünen oder sich nur halbherzig und widersprüchlich zur deutschen Einheit äußert wie die SPD, der soll SPD oder Grüne wählen. Wer aber unmißverständlich und konsequent die Einheit Deutschlands in einem vereinten Europa will, der muß CDU wählen!

■ Wer planwirtschaftliche Elemente und Fortschritts- und Technikfeindlichkeit befürwortet, der soll SPD oder Grüne wählen. Wer für die soziale und ökologische Marktwirtschaft ist, der wählt CDU!

■ Wer für die massive Erhöhung von Steuern und Abgaben eintritt, der soll SPD oder Grüne wählen. Wer dies ablehnt, der muß CDU wählen!

■ Wer mit der SPD der Meinung ist, die Familie sei nichts weiter als eine „Lebensgemeinschaft Erwachsener mit Kindern“, der soll sozialdemokratisch wählen. Wer wie wir der Meinung ist, daß die Familie der wichtigste Ort für menschliches Miteinander und Geborgenheit ist, der muß CDU wählen!

■ Wer Polizisten als „Bullen“ beschimpft und Bundeswehrsoldaten als „potentielle Mörder“ diffamiert, der soll den Grünen seine Stimme geben! Wer

wie wir davon überzeugt ist, daß solche herabsetzenden Äußerungen ein Skandal sind, der wählt CDU!

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich unter der CDU-geführten Bundesregierung zu einem wirtschaftlich und sozial leistungsfähigen sowie international angesehenen Staat entwickelt, dessen Beitrag zur Lösung internationaler Probleme unverzichtbar ist. Wir müssen dafür sorgen, daß das so bleibt und verhindern, daß unser Land durch eine rot-grüne Koalition selbst zum Problemfall wird.

### **„Wir sind ein Volk“**

3. Wir alle sind tief bewegt von den Ereignissen der letzten Wochen und Monate vor und nach der friedlichen Revolution am 9. November 1989 in der DDR. Mit der Losung „Wir sind das Volk“ haben sich die Menschen in der DDR aus 40jähriger kommunistischer Knechtschaft befreit. „Deutschland einig Vaterland“ rufen jetzt immer mehr Landsleute in der DDR. Sie haben Recht: Wir sind ein Volk. Jetzt haben wir Deutsche erstmalig die Chance, die Forderung aus der Präambel des Grundgesetzes zu erfüllen, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“.

Die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa zeigen immer deutlicher, wie richtig es war, daß die CDU beharrlich für die Freiheit und für die Einheit Deutschlands innerhalb einer europäischen Friedensordnung eingetreten ist. Mit dem 10-Punkte-Programm des Bundeskanzlers haben wir unsere Meinungsführerschaft bei dem entscheidenden Thema der deutschen Politik erneut bestätigt.

Das 10-Punkte-Programm zeigt eine konkrete Perspektive für den Weg zur deut-

lichen Einheit auf. Das Ziel der Wiedervereinigung wird mit dem politischen Aufbruch in der DDR und mit den europäischen und atlantischen Erfordernissen verbunden. Den Interessen aller Beteiligten an einer friedlichen und freiheitlichen Entwicklung in Europa wird dadurch Rechnung getragen.

Die CDU stellt sich darum auch hinter den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 8. November 1989, in dem der Warschauer Vertrag von 1970 bekräftigt und in dem für die Bundesrepublik Deutschland verbindlich erklärt wird, daß das Recht des polnischen Volkes, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.

Mit den Vereinbarungen, die Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Modrow am 19. Dezember in Dresden getroffen haben, sind bereits bedeutsame Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit verwirklicht bzw. eingeleitet worden. Nach Jahrzehnten der Trennung gibt es wieder Freizügigkeit für alle Deutschen. Die Öffnung des Brandenburger Tores steht symbolisch dafür. Das zeigt: Das 10-Punkte-Programm wird Schritt für Schritt verwirklicht. Dafür sind Behutsamkeit, Geduld und Augenmaß notwendig. Davon geprägt war auch die Rede des Bundeskanzlers vor der Dresdner Frauenkirche, die für das künftige Schicksal von uns Deutschen von weitreichender Bedeutung ist.

Es ist für die Zukunft Deutschlands von ausschlaggebender Bedeutung, daß bei der Wahl in der DDR am 6. Mai diejenigen politischen Gruppierungen, die eindeutig für einen freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, für die deutsche Einheit und für die Soziale Marktwirtschaft eintreten, die Mehrheit erhalten.

Wir sind bereit, solche Parteien auf allen Ebenen politisch, organisatorisch und

technisch zu unterstützen. Keine Partei in der DDR wird ein Monopol bei den Kontakten zur Christlich Demokratischen Union Deutschlands haben. Entscheidend ist, daß sich alle Parteien in der DDR dem Votum der Wähler dort stellen müssen, und nicht dem Urteil der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Allein die Menschen in der DDR entscheiden über die Glaubwürdigkeit und die Politik der Parteien. Deshalb ist die Beschränkung der Kontakte auf eine einzige Partei nicht unser Weg.

## Reformen unter Dach und Fach gebracht

4. Wenn wir uns in diesem Jahr dem Wählervotum stellen, können wir mit einer guten Leistungsbilanz aufwarten. Die großen Reformvorhaben, die wir zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt haben, sind unter Dach und Fach. Wir haben durch die Gesundheitsreform und die Rentenreform unser soziales Netz für die Zukunft gesichert und mit der Steuerreform eine gerechtere Besteuerung der Bürger verwirklicht. Heute bestreitet niemand mehr ernsthaft die positiven Auswirkungen der Gesundheitsreform. Und in diesem Jahr werden alle Bürger merken, daß die Steuerreform für sie bares Geld bedeutet.

Die CDU hat dafür gesorgt, daß wir in der Wirtschaft international Spitze sind. Wir erleben ein ungebrochenes Wirtschaftswachstum, und noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik waren so viele Menschen in Lohn und Brot.

Die Bundesrepublik ist Vorreiter im Umweltschutz. Deutsche Technologien tragen weltweit dazu bei, daß gerade auch in den Ostblockländern und in der Dritten Welt die Umwelt besser geschützt werden kann.

Im Abrüstungsprozeß ist die Bundesregierung ein aktiver und konstruktiver Partner. Zusammen mit unseren Verbündeten hat sie erreicht, daß in diesem Jahr bei den Wiener Abrüstungsverhandlungen im konventionellen Bereich drastische Abrüstungsschritte vereinbart werden können. Zudem werden in diesem Jahr alle Chemie-Waffen vom Boden der Bundesrepublik abgezogen.

Mit ihren Beschlüssen zur Ausländerpolitik auf dem Bremer Parteitag hat die CDU dafür gesorgt, daß die Diskussion über diesen schwierigen Themenkomplex versachlichtet wurde. Es ist auch unser Erfolg, daß die Bundesregierung jetzt eine Gesetzesvorlage erarbeitet hat, die sowohl den berechtigten Interessen unseres Landes als auch den Interessen unserer ausländischen Mitbürger Rechnung trägt.

## 1990 ein Schicksalsjahr

5. Seit die CDU 1982 die Regierungsverantwortung wieder übernommen hat, geht es mit unserem Land aufwärts. Die Wähler entscheiden aber nicht nur über die bisherigen Leistungen einer Partei, sondern auch über deren Konzepte zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben. Deshalb wird die Erarbeitung des Wahlprogramms der Union eine wichtige Aufgabe der nächsten Monate sein.

Unsere Bereitschaft zum offenen Dialog mit den Bürgern ist eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Wahlkampf. Mit Diskussionsfreude, Geschlossenheit und Kampfesmut wird es der CDU gelingen, die Bürger von unserer Politik zu überzeugen und erfolgreich um ein Mandat für die Zukunft zu werben.

Vor uns liegt ein entscheidendes Jahr. Helfen Sie mit, daß es ein erfolgreiches Jahr wird — für die CDU und für Deutschland.

# Der Warschauer Vertrag gilt

**Der Parteivorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl, führte in einem Interview mit der Rundfunkagentur RUFA zur Diskussion um die polnische Westgrenze folgendes aus:**

Der Deutsche Bundestag hat vor wenigen Wochen erst mit einer riesigen Mehrheit, darunter auch mit meiner Stimme, eine Entschließung gefaßt, die noch einmal die Rechtslage deutlich anspricht. Wir haben als Bundesrepublik Deutschland im Warschauer Vertrag eine klare Entscheidung getroffen und der Warschauer Vertrag gilt. *Pacta sunt servanda* — das ist ein wichtiger Satz, und der gilt, wie ich oft genug in den letzten Wochen gesagt habe, nach Geist und nach Buchstaben. Im Warschauer Vertrag hat die Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß sie keine Gebietsansprüche gegenüber der Volksrepublik Polen hat, und das gleiche hat Polen umgekehrt gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erklärt. Das entspricht der Rechtslage. Die Bundesrepublik Deutschland hat solche Ansprüche nicht, hat sie auch nicht geltend gemacht. Und wir haben dann ja die ganze Vertragsdiskussion in den 70er Jahren gehabt. Es gibt den Brief zur Deutschen Einheit, es gibt alle Dokumente, es gibt die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, und jeder weiß, daß wir, auch ich selbst, als Verfassungsorgan in der Bundesrepublik Deutschland nur für die Bundesrepublik sprechen können. Ich finde, das ist eine völlig ausreichende Erklärung. Niemand braucht irgendwelche Sorgen zu haben, daß wir etwa auf das Unrecht einer Vertreibung eine neue Vertreibung setzen wollen. Das ist völlig abwegig. Und das, was dazu zu sagen ist, habe ich ja auch mit großem Nachdruck bei meinen Gesprächen in Warschau mei-

nen polnischen Gesprächspartnern immer wieder gesagt. Wir wollen, daß von deutschem Boden Frieden ausgeht. Wir wollen Aussöhnung, und wir wollen Versöhnung.

Wir — und ich besonders — haben immer erklärt, daß wir alle wissen, daß in den Gebieten, um die es hier geht, jetzt schon in der dritten Generation Polen geboren wurden, Heimat gefunden haben, und daß man dies alles in einem vernünftigen Prozeß des Miteinander immer wieder bedenken muß. Mehr ist dazu jetzt nicht zu sagen. Wer darüber hinaus eine Erklärung von der Bundesrepublik fordert, der fordert etwas, was die Bundesrepublik nicht geben kann und auch nicht geben will. Deswegen finde ich, ist die Diskussion zu diesem Punkt jetzt wirklich nicht sinnvoll und sie bringt uns auch gar nicht weiter. Ich kann niemanden erkennen, der hier einen Standpunkt einnimmt, der etwa den Menschen in Polen Ängste einflößen soll. ■

## Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Bericht der Lage der Nation im geteilten Deutschland

**Der Bundestag wolle beschließen:**

*Der Deutsche Bundestag bekräftigt den Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 als festes Fundament der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen.*

*Der Deutsche Bundestag steht zu den bekannten staats- und völkerrechtlichen Grundlagen unserer Deutschland- und Ostpolitik — und dazu gehört selbstverständlich auch, daß die Bundesrepublik Deutschland an Buchstaben und Geist des Warschauer Vertrages in allen seinen Teilen festhält. Wir können und wollen keine Rechtspositionen verändern.*

*In diesem Vertrag bekräftigen die Bundesrepublik Deutschland und Polen unter anderem: „... die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität. Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.“*

*Gleichzeitig stellen beide Seiten fest, dieser Vertrag berühre „nicht die von den Parteien früher geschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen oder mehrseitigen internationalen Vereinbarungen“. Dazu gehört, daß wir noch keinen Friedensvertrag haben.*

*Die Bundesrepublik Deutschland ist entschlossen, die Beziehungen zur Volksrepublik Polen auf allen Gebieten weiter zu entwickeln.*

### **Für die Bundesrepublik Deutschland gilt:**

*Das polnische Volk ist vor fünfzig Jahren das erste Opfer des von Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochenen Krieges geworden. Es soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.*

*Das Rad der Geschichte wird nicht zurückgedreht. Wir wollen mit Polen für ein besseres Europa der Zukunft arbeiten. Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist Grundlage des friedlichen Zusammenlebens in Europa.*

**Bonn, den 8. November 1989**

## Kalendarium 1990

### Wahlen

- 28. Januar 1990:  
Landtagswahl im Saarland
- 18. März 1990:  
Kommunalwahl in Bayern
- 25. März 1990:  
Kommunalwahl in Schleswig-Holstein
- 6. Mai 1990:  
voraussichtlich Wahlen in der DDR
- 13. Mai 1990:  
Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen
- 13. Mai 1990:  
Landtagswahl in Niedersachsen
- 14. Oktober 1990:  
voraussichtlich Landtagswahl in Bayern
- 2. Dezember 1990:  
Bundestagswahl (voraussichtlich)

### Sommerferien

In der Zeit vom 15. Juni bis zum 10. September 1990 liegen — nach Ländern verschieden — die Termine der Sommerferien.

### Sport

- 8. Juni bis 9. Juli 1990:  
Fußball-Weltmeisterschaft

### Kirchen

- 23. Mai bis 27. Mai 1990:  
90. Deutscher Katholikentag

### Bundesparteitag

- 1. Oktober bis 2. Oktober 1990:  
38. Bundesparteitag

### Gedenktage

- 20. Oktober 1990:  
Festakt anläßlich des 40. Jahrestages des Gründungs-Bundesparteitages der CDU Deutschlands in Goslar

# Jahr der Erfolge für Helmut Kohl

„1989 war außenpolitisch das Jahr des Kanzlers. Zwischen Ost und West ist Helmut Kohl zum wichtigsten Regierungschef geworden.“ So hat der Chefredakteur der Kölnischen Rundschau, Jürgen C. Jagla, am 2. Januar 1990 seinen Rückblick auf die außenpolitischen Erfolge des Bundeskanzlers im vergangenen Jahr eingeleitet. In seinem Artikel, den wir in Auszügen abdrucken, hat Jagla auch wichtige Stimmen des Auslandes wiedergegeben:

## Schlüsselfigur in Europa

Kurz vor Jahresende attestierte ihm das amerikanische Nachrichtenmagazin *US News & World Report*: Die USA haben ihn zur westlichen Schlüsselfigur in Europa ausersehen, Moskau hat ihn im Blick, um die Destabilisierung des Kontinents zu verhindern, Osteuropäer fordern seine Hilfe, und Westeuropäer wollen, daß er ihr Team führt . . .

Das nahezu einhellige positive Urteil des westlichen Auslands steht freilich in merkwürdigem Kontrast zur sorgfältig gepflegten negativen Bewertung seiner Person in vielen inländischen Medien. Indes sind gute Zeichen auszumachen. Da in zunehmender Weise sachliche Kritik an Kohls politischem Wirken schwerer wird, erfolgt der Rückgriff zur Häme. Entsprechend geringer wird die Überzeugungskraft solcher Argumentation. Und es muß zugleich nachdenklich stimmen, wenn ihm die *Financial Times* respektvoll bescheinigt: Für Bush, Gorbatschow, Mitterrand und Margaret Thatcher ist Helmut Kohl gegenwärtig der wichtigste Mann in Europa. Jahrelang hat Kohl die Verachtung der Linken in seinem Land geerntet, weil er immer wieder die Vision

der Selbstbestimmung für den Osten und ein vereintes deutsches Vaterland beschwor. Kohls Beharrlichkeit und Entschlossenheit, seine unnachgiebige Wiederholung elementarer Botschaften — Freiheit, Marktwirtschaft und Gott — sind seine besten politischen Karten . . .

Im achten Jahr seiner Kanzlerschaft hat Kohl nicht nur die Perspektiven zum Ausgang dieses Jahrhunderts entworfen, er hat auch die Pflöcke entlang des Weges eingeschlagen, der zu den vorgegebenen Zielen führt. Die wesentlichsten Markierungspunkte liegen dafür in jener Konstellation, die noch kein deutscher Bundeskanzler herbeiführen konnte: Das Verhältnis zu den führenden Staatsmännern des Westens ist nicht weniger gut und vertrauensvoll als zu den Spitzenpolitikern des Ostens. Das reicht von Warschau bis Budapest, das geht bis zu Gorbatschow und jetzt auch zu Modrow.

Als Präsident Bush im *ZDF* auf die Möglichkeit einer allzu intensiven Zusammenarbeit zwischen Moskau und Bonn in wirtschaftlichen und politischen Bereichen angesprochen wurde, erklärte er unmißverständlich: Ich sehe da keinerlei Gefahren. Der Bundeskanzler hat unser volles Vertrauen. Er weiß, wie er mit Gorbatschow umgehen muß, und wir wollen, daß Gorbatschow Erfolg hat, wir wollen, daß die Perestroika Erfolg hat, immer vorausgesetzt, daß er einen demokratischen Weg einschlägt. Und mein Freund Kanzler Kohl wird ihm das sicherlich ganz offen darlegen.

Nicht weniger positiv entwickelte sich Gorbatschows Meinungsbildung über die politische Rolle des Kanzlers. In der *ARD* sagte er im Juni: Meine Begegnung mit Herrn Bundeskanzler Kohl weiß ich sehr hoch einzuschätzen. Es ist ein sehr bedeu-

tendes Gespräch geworden. Ich habe überhaupt den Eindruck, daß es das wohl wichtigste und bedeutendste Gespräch geworden ist und bleiben wird.

## Wichtigste Macht Westeuropas

Die Pluspunkte Kohls sind inzwischen vielstellig geworden. Der *Christian Science Monitor* stellte am 15. Juni fest: Beide Supermächte haben die Bundesrepublik Deutschland an die oberste Stelle ihrer jeweiligen Listen von Ländern gesetzt, die zu umwerben sich lohnt. Die Sowjets wollen westdeutsche Unterstützung für ihre ambitiösen ökonomischen Umbaupläne, während die USA in ihrem zunehmend unabhängigen westdeutschen Verbündeten die zentrale Macht Europas sehen.

In der *International Herald Tribune* ist einen Tag später zu lesen: Im Ergebnis erreichte die Bundesrepublik Deutschland einen hocharbeitenden Gewinn an Prestige und Einfluß in den Ost-West-Beziehungen und festigte ihre Rolle als wichtigste Macht Westeuropas.

Wiederum einen Tag danach, am 17. Juni, zeigte sich die bis dahin deutlich mißtrauische *Le Monde* endlich weniger skeptisch: Das Mißtrauen der Bündnispartner gegenüber einer Bundesrepublik, die man verdächtigte, nach Osten abzuleiten, hat sich erheblich abgeschwächt. Und die Anerkennung, die Gorbatschow der Rolle der Bundesrepublik bei den Fortschritten in den Abrüstungsverhandlungen zum Ausdruck brachte, kann sie nur mit Freude erfüllen.

In der Tat, Kohls Aktivitäten in der EG, seine Haltung in der Abrüstungsfrage bis zu den deutsch-deutschen Initiativen, nahezu immer war es das Ausland, wo dieser Kanzler uneingeschränkte Anerkennung und Sympathien fand. Das

*Figaro-Magazine* machte eine Umfrage nach den beliebtesten und bedeutendsten Männern Europas. Nach Papst Johannes Paul II. und Michail Gorbatschow konnte Helmut Kohl mit 47 Prozent den respektablen dritten Platz belegen. Die Pariser Zeitschrift kommentierte das Ergebnis: Die drei haben die Herzen der Franzosen gewonnen.

Im übrigen das gleiche Bild in Spanien: Auch hier ist Helmut Kohl der beliebteste Regierungschef in Europa. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage der Tageszeitung *El Pais*, die diese am 11. Juni 1989 im Vorfeld des Madrider EG-Gipfels veröffentlichte. ■

## Umweltschutz und Marktwirtschaft

Das Problem Umweltschutz ist grenzüberschreitend und systemübergreifend: In sozialistischen Ländern und vielen Entwicklungsländern ist die Situation noch weitaus dramatischer als bei uns. Mit diesem Problem befaßt sich das Eichholzer Informationsforum. Auf dem Programm stehen Vorträge von Dr. von Lersner (Präsident des Umweltbundesamtes), Prof. Dr. Schneider (Vorsitzender des Sachverständigenrates) und Clemens Stroetmann (Staatssekretär beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) sowie eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Parteien.

Termin: 9. bis 10. 2. 1990, Veranstaltungsnummer: 35

Ort: Schloß Eichholz, Wesseling

### Teilnahmebedingungen:

Teilnehmerbeitrag 60,— DM; Fahrtkosten werden erstattet, Unterkunft und Verpflegung sind frei.

### Information/Anmeldung:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Institut für Politische Bildung, Postfach 13 31, 5047 Wesseling, Tel. (0 22 36) 7 07-2 26



# Schwarzmalerei widerlegt

1989 Rekordjahr für die Gemeinden, beste Aussichten für 1990

Nach den jetzt vorliegenden statistischen Erhebungen über die Finanzentwicklung der Städte, Gemeinden und Kreise in den Monaten Januar bis September 1989 kann festgestellt werden, daß die Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland 1989 mit einem Rekordergebnis abschließen. Bereits zum 30. September 1989 betrug der Finanzierungsüberschuß 1,1 Mrd. DM gegenüber einem Finanzierungsdefizit von 111,3 Mio. DM im Vergleichszeitraum 1988. Alle Fakten sprechen dafür, daß auch die drei letzten Monate des Jahres 1989 mit einem außerordentlich günstigen Ergebnis abgerechnet werden können.

Mit diesem positiven Ergebnis sind alle Unkenrufe und Schwarzmalereien widerlegt, die behaupten, die Steuerreform ruinieren die kommunalen Finanzen. Einmal mehr hat sich die Erfahrung als richtig erwiesen: Eine positive wirtschaftliche Entwicklung ist die beste Initiative für

## 12 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl

Diese äußerst informative Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe können wir allen CDU-Verbänden nur empfehlen. Wir haben eine große Anzahl Überdrucke vorrätig, die Sie beim IS-Versandzentrum in Versmold bestellen können.

Bestell-Nr.: 5225

Mindestabnahme: 50 Exempl.

Preis pro Mindestabnahme: 10,- DM

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28, 4804 Versmold

die kommunalen Kassen. Aus den positiven Ergebnissen 1989 ist folgendes besonders hervorzuheben:

1. Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen um 6,7 Prozent von 41,8 Mrd. DM auf 44,6 Mrd. DM. Daran war die Gewerbesteuer mit einem Plus von 1,5 Mrd.

**Eine äußerst positive Bilanz der Gemeindefinanzen zieht der parlamentarische Staatssekretär und KPV-Vorsitzende Horst Waffenschmidt**

DM beteiligt und der Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer mit einem Zuwachs von 1,1 Mrd. DM.

2. Bedeutsam ist, daß die Einnahmen im Verwaltungshaushalt um 5,2 Prozent auf 104,7 Mrd. DM angestiegen sind, während die Ausgaben im Verwaltungshaushalt nur um 3,9 Prozent auf 89,7 Mrd. DM anstiegen.

3. Besonders erfreulich ist der Anstieg der kommunalen Investitionen um 8,2 Prozent, nämlich von 22,8 Mrd. DM in den ersten neun Monaten 1988 auf 24,6 Mrd. DM in den ersten neun Monaten 1989. Dabei stiegen allein die Investitionen für Baumaßnahmen um 1,1 Mrd. DM auf 18,9 Mrd. DM.

Die günstige wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1990 und die erhebliche Zunahme der Beschäftigten werden dazu führen, daß auch 1990 ein günstiges Jahr für die deutschen Kommunen wird. Alle Kommunen, die Überschüsse erwirtschaften, sollten sie schwerpunktmäßig einsetzen für den Wohnungsbau als eine der wichtigsten kommunalpolitischen Aufgaben im Jahre 1990.

# Verbesserungen für die Familien

**Verbesserungen für Familien stehen auch 1990 im Vordergrund der Regierungspolitik: Zum 1. Januar 1990 sind erneut zahlreiche zusätzliche familienpolitische Erleichterungen in Kraft getreten, weitere werden am 1. Juli 1990 folgen. Vor allem die Steuerreform wird 1990 durch spürbare finanzielle Entlastungen weiter zur wirtschaftlichen Stärkung der Familie beitragen. Insgesamt gesehen haben die Ausgaben und Steuermindereinnahmen für familienpolitische Leistungen im Jahr 1990 ein Finanzvolumen von etwa 18 Milliarden Mark.**

Ab 1. Januar 1990 erhöhen sich Kinderfreibetrag und Haushaltsfreibetrag bzw. der Grundfreibetrag bei Alleinerziehenden. Daneben wird das Baukindergeld um 150 Mark auf 750 Mark je Kind aufgestockt und für die persönliche häusliche Pflege von erheblich Pflegebedürfti-

## Höhere Freibeträge, länger Erziehungsgeld, Verbesserungen beim BAföG

gen ein sogenannter Pflegepauschbetrag von 1.800 Mark eingeführt.

Am 1. Juli 1990 wird der Bezug von Erziehungsgeld und der Erziehungsurlaub von bisher 15 Monate auf 18 Monate verlängert.

Am 1. Juli 1990 wird das Kindergeld für das zweite Kind um 30 Mark auf 130 Mark angehoben.

Auch im Rahmen der Ausbildungsförderung (BAföG) sind zum 1. Juli 1990 erhebliche Verbesserungen vorgesehen:

So soll die BAföG-Förderung künftig zur Hälfte als Zuschuß gewährt, eine Studienabschlußförderung eingeführt und die Ausbildungsförderung stärker an der wirtschaftlichen Leistungskraft der Eltern orientiert werden; dies wird zu einer Ausweitung der Zahl der Geförderten auf rund 180.000 Studenten führen.

Die staatliche Familienförderung erleichtert die Situation von Familien beträchtlich. Vor allem Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld stellen eine wichtige Hilfe für junge Familien dar. Rund 97 Prozent der Eltern entscheiden sich heute dafür, Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub in Anspruch zu nehmen; seit der Einführung dieser Leistung im Jahr 1986 wurde sie von ca. 2,4 Millionen Müttern und Vätern genutzt.

**NEU**

## Plakat-Überkleber „Wir danken für Ihr Vertrauen“

Rechtzeitig zum Beginn des Wahljahres 1990 ist der Plakat-Überkleber im IS-Versandzentrum erhältlich. Auf grün fluoreszierendem Papier zeigt der 15 x 42 cm große Streifen:

„Wir danken für Ihr Vertrauen“

Bestell-Nr. 8196

Mindestabnahme: 500 Expl.

Preis pro Mindestabnahme:  
49,50 DM zuzügl. MwSt.

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum**

**Postfach 13 28, 4804 Versmold**

# Arbeitsmarkt liegt voll im Sog der Konjunktur

**Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat darauf hingewiesen, daß die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 1989 um über 200.000 niedriger lag als ein Jahr zuvor. „Das ist vor allem angesichts der großen Herausforderungen, die mit dem starken Zustrom an Aus- und Übersiedlern für unseren Arbeitsmarkt verbunden sind, ein ausgezeichnetes Ergebnis.“**

1989 haben wir die größte Wachstumsrate in dem seit sieben Jahren andauernden Wirtschaftsaufschwung erzielt. Der Arbeitsmarkt lag voll im Sog der Hochkonjunktur. Im Durchschnitt des abgelaufenen Jahres gab es 2.037.800 Arbeitslose, das waren 204.000 oder 9,1 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Das ist schon ein bemerkenswertes Ergebnis, wenn man bedenkt, daß 1989 insgesamt 716.154 Aus- und Übersiedler zu uns kamen, die die Zahl der Erwerbspersonen stark erhöhten und damit Druck auf den Arbeitsmarkt ausübten. Ohne arbeitslose Aus- und Übersiedler (zusammen im Dezember 258.800) hätte sich die Arbeitslosenzahl deutlich unter zwei Millionen bewegt, d. h. der Abstand zum Vorjahr wäre noch deutlicher ausgefallen.

Die erwerbsfähigen Aus- und Übersiedler melden sich in aller Regel sofort beim Arbeitsamt, um eine Beschäftigung anzunehmen und die Eingliederungsleistungen zu erhalten. Der Arbeitsmarkt hat nach Beobachtung der Arbeitsämter viele der Neuankömmlinge überraschend schnell aufgenommen. Man kann sich aber nur mit Schrecken ausmalen, was geschehen wäre, wenn der starke Zustrom der Aus- und Übersiedler nicht mit einer

so blendenden Verfassung unserer Wirtschaft zusammengetroffen wäre.

Die schnelle berufliche Integration der Aus- und Übersiedler belegt auch, daß diese Personen den Arbeitsmarkt auf mittlere Sicht nicht nur belasten werden. Ihr enormer Nachholbedarf an Gütern und Dienstleistungen aller Art schafft nicht nur die Nachfrage, die für eigene Beschäftigung notwendig ist, sondern dürfte darüber hinaus auch den übrigen Arbeitsuchenden zugute kommen.

Vor diesem Hintergrund sind folgende Fakten von besonderer Bedeutung: Die Zahl der Erwerbstätigen liegt auch zum Jahresende weiter auf Rekordniveau: Im

**Bundesarbeitsminister Norbert Blüm zog in Bonn eine arbeitsmarktpolitische Bilanz, die sich sehen lassen kann**

November 1989 gab es 27,91 Millionen erwerbstätige Personen, das waren 366.000 oder 1,3 Prozent mehr als im November 1988.

Von Ende 1982 bis Wende 1989 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer um ca. 1,5 Millionen gestiegen.

Fast vier Millionen Menschen haben 1989 ihre Arbeitslosigkeit beendet, rund 160.000 mehr als 1988. Das ist der höchste Abgang aus Arbeitslosigkeit in einem Jahr seit 1961. Die Zahl belegt, wie groß insgesamt die Bewegungsvorgänge am Arbeitsmarkt sind.

Die Zahl der arbeitsuchenden Jugendlichen unter 20 Jahren ist mit 78.100 (Jah-

resdurchschnitt 1989) auf weniger als die Hälfte des Jahres 1982 (165.000) gesunken.

Andere wichtige Arbeitsmarktindikatoren unterstreichen das Bild der guten Arbeitsmarktentwicklung im Jahr 1989:

■ Wirtschaft und Verwaltungen meldeten 1989 den Arbeitsämtern 2.229.300 offene Stellen, 15,3 Prozent mehr als 1988. Niemals seit 1976 meldeten die Arbeitgeber mehr offene Stellen. Die Arbeitgeber setzen voll auf Expansion.

■ Die Arbeitsämter führten im abgelaufenen Jahr 2.281.900 Vermittlungen durch, 7,9 Prozent mehr als 1988: Das höchste Vermittlungsergebnis nach 1977.

■ Die Kurzarbeit hatte im Jahresdurchschnitt mit 107.900 Betroffenen einen äußerst niedrigen Stand und liegt deutlich unter dem des Vorjahres (-99.800). (Höchststand Januar 1983: 1,19 Millionen, Dezember 1989: 49.700, das sind nur noch 4,2 Prozent von Januar 1983).

■ Da die Kurzarbeit weitgehend abgebaut ist, sind innerbetriebliche Arbeitskräfte reserven faktisch nicht vorhanden, so daß Produktionsausweitungen weiter verstärkt zu Neueinstellungen führen.

■ Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente haben auch 1989 dazu beigetragen, daß für die weniger oder falsch qualifizierten arbeitslosen Arbeitnehmer die Chancen für den Wiedereintritt ins Erwerbsleben verbessert werden: Im Jahresdurchschnitt 1989 gab es 96.900 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (1988: 114.900). ABM werden mittlerweile wegen der entspannten Arbeitsmarktlage in vielen Bereichen überflüssig.

■ Im Jahresdurchschnitt nahmen 1989 rund 327.000 Arbeitnehmer an Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung nach dem Arbeitsförderungsgesetz teil. Das

waren nur 7.500 (2,3 Prozent) weniger als ein Jahr zuvor.

■ Noch ein erfreulicher Aspekt: Das von der Bundesregierung aufgelegte Programm „Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose“ greift. Mit Hilfe der Lohnkostenzuschüsse konnten seit Juli 1989 bereits 15.400 Personen in Arbeit gebracht werden. Weitere 2.300 Anträge sind gegenwärtig bei den Arbeitsämtern in Bearbeitung.

■ Die Arbeitsmarktpolitik wird auch 1990 auf hohem Niveau bleiben. Für berufliche Qualifizierung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen stehen den Arbeitsämtern 1990 über 9,5 Milliarden Mark (1989: 8,9 Milliarden Mark) zur Verfügung (rundum eine Verdoppelung der Ansätze von 1982); entsprechend werden sich auch die Teilnehmerzahlen erhöhen.

Für das Jahr 1990 können wir optimistisch sein: Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einem Konjunkturhoch, das sich nach Einschätzung wichtiger Forschungsinstitute auch 1990 fortsetzen wird. Der Arbeitsmarkt kann den Schub beim Arbeitskräftepotential, der nach wie vor von Aus- und Übersiedlern ausgehen dürfte, durchaus verkraften. Zwar ist mit einem spektakulären Rückgang der Arbeitslosenzahl wegen der weiter wachsenden Nachfrage nach Arbeit nicht zu rechnen. Aber die Arbeitsplätze werden insgesamt noch sicherer, und die Chancen der Arbeitslosen auf einen angemessenen Arbeitsplatz werden weiter wachsen.

**Bundesminister Rudolf Seiters** wird im Laufe dieses Monats erneut nach Ost-Berlin reisen, um seine Kontakte mit Regierung und Opposition der DDR fortzuführen. Zentrales Thema seiner Gespräche wird dabei die Lage der Opposition sein.

## Argumente zum SPD-Grundsatzprogramm

# SPD zwischen Klassenkampf und rot-grünen Utopien

**Der sogenannte Programmarteitag der SPD hat sich als ein Parteitag der Perspektivlosigkeit erwiesen. Das neue Grundsatzprogramm der SPD ist nicht mehr als der kleinste gemeinsame Nenner einer Partei, die weder personell noch inhaltlich zu Geschlossenheit finden kann. Der künftige politische Kurs der SPD liegt weiterhin im Nebel, stellt Generalsekretär Volker Rühle fest.**

Noch immer hat die SPD nicht erkannt, daß der Sozialismus am Ende ist. Sie hält in ihrem Programm an ihren staatsgläubigen und dirigistischen Vorstellungen zur Wirtschaftspolitik fest. Der Versuch, die gescheiterte Idee des Sozialismus jetzt zu einer liberalen, christlich-sozialen Idee umzufälschen, ist Etikettenschwindel und wird den Wählern nicht verborgen bleiben.

### I. Der Weg zum neuen Grundsatzprogramm

Der Weg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD ist ein Weg der jahrelangen Irrungen und Wirrungen. Vor dreieinhalb Jahren wurde der Irseer Programmwurf der Öffentlichkeit vorgestellt. Unter Erhard Epplers Regie war ein Papier mit anti-westlichen und Anti-NATO-Untertönen, ein Papier der Düsternis, des Pessimismus und der Zukunftsungewißheit entstanden. Der Programmwurf hielt der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit nicht stand.

Mit einer Neufassung tat sich die Partei schwer. Ein großer Teil der SPD-Mitglieder hielt das Vorhaben schlichtweg für überflüssig. Andere entdeckten eine ideologische und intellektuelle Spielwiese, auf der man dem „wahren“ Sozialismus nachspüren konnte. Was SPD-Chef Vogel und sein Vize und Konkurrent Lafontaine schließlich zusammengestellt haben, ist ein buntes politisches Potpourri. Da steht Banales neben Utopischem, da lösen sich Tagesforderungen und Visionäres ab; da kann sich jede Parteiströmung wiederfinden. Es handelt sich um ein Dokument sozialdemokratischer Orientierungslosigkeit. Die SPD trudelt hin und her zwischen alter Klassenpartei und rot-grüner Stimmungspartei.

### II. Die SPD ist personell und inhaltlich tief zerstritten

Ein Jahr vor der Bundestagswahl 1990 ist die SPD weder personell noch programmatisch darauf vorbereitet, Regierungsverantwortung für die Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen.

Personell ist die SPD tief zerstritten. Die Führungsfrage zwischen Vogel und Lafontaine ist immer noch nicht entschieden; hinter den Kulissen bekämpfen sie sich gegenseitig. Was ist von einer Partei zu halten, die Regierungsverantwortung übernehmen will, die es sich aber knapp ein Jahr vor der Bundestagswahl nicht zutraut, ihren Kanzlerkandidaten zu präsentieren?

Die SPD läßt überdies die Frage offen, mit wem sie nach der Bundestagswahl eine Koalition eingehen will. Da sie keine Aussicht auf die absolute Mehrheit hat, ist sie auf jeden Fall auf einen Koalitionspartner angewiesen. Da FDP und Union als Koalitionspartner nicht zur Verfügung stehen, bleibt der SPD nur eine Koalition mit den Grünen. Dies ist die politische Realität, auch wenn Vogel noch versucht, sich formal gegenüber den Grünen abzugrenzen und Quasi-Koalitionsgespräche zwischen Teilen der SPD und den Grünen in ihrer Bedeutung herunterzuspielen. Im übrigen gibt es einschlägige Erfahrungen mit Beteuerungen der SPD, sie werde nicht mit Alternativen und Grünen koalieren. In Hessen und in Berlin hat sie diese Zusicherungen jeweils nach der Wahl eklatant gebrochen. Die Weichen für ein rot-grünes Bündnis sind sowohl bei den Grünen wie bei der SPD längst gestellt. Im neuen Grundsatzprogramm der SPD heißt es eindeutig: „Unser Zukunftsentwurf ist ein Angebot für ein Reformbündnis der alten und neuen sozialen Bewegungen.“

Die SPD ist in Flügel gespalten, die sich erbittert bekämpfen. Die Gruppe der alten „Godesberger“ in der SPD ist abgetreten oder hat resigniert. Männer wie Hans Apel und Georg Leber wurden von ihren Genossen zu einer Randgruppe degradiert, die ohne Einfluß ist und programmatisch nichts mehr bewegen kann. Ihre Warnungen vor der Aushöhlung marktwirtschaftlicher Prinzipien werden eher als störend empfunden. Auch hieran wird deutlich, daß die SPD von der Sozialen Marktwirtschaft nie völlig überzeugt war.

Offensichtlich können sich große Teile der SPD mit dem Scheitern des Sozialismus nicht abfinden. Für sie ist jeder reale Sozialismus ganz einfach nicht der „richtige“ Sozialismus.

Zu dieser Gruppe der Altmarxisten gehört der Leiter der Parteischule der SPD, der oberste Ausbilder für den Funktionärsnachwuchs der SPD: Peter von Oertzen macht sich ernsthaft Sorgen, daß die Perestroika in der UdSSR zu weit gehen könnte, weil dann sozialistische Errungenschaften wie die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln rückgängig gemacht werden könnten.

Anführer der Gruppe der Populisten und Opportunisten in der SPD ist Oskar Lafontaine. Dieser Gruppe geht es um Machtgewinn um fast jeden Preis. Lafontaine läßt keine Chance aus, sich auch auf Kosten seiner Partei zu profilieren, indem er Schlagzeilen macht statt Politik. Keinen seiner politischen Vorstöße kann er argumentativ durchsetzen. Anfang der 80er Jahre biederte er sich mit einem „Heraus aus der NATO“ bei der Friedensbewegung an; heute hat diese Bewegung an Bedeutung verloren und Oskar Lafontaine hat seine Haltung zur NATO wiederum geändert. Dann forderte er die 35-Stunden-Woche ohne vollen Lohnausgleich, Sonntagsarbeit und mehr Flexibilität. Aber auch hier trat er nach kurzer Zeit Rückzugsgefechte an und verwässert seine „mutigen“ Thesen bis zur Unkenntlichkeit.

Als gefährlicher Stimmungsmacher erweist sich Oskar Lafontaine nicht zuletzt in der Frage der Aus- und Übersiedler. Wer von „Deuschtümelei“ redet, wer die gerade erreichte Freizügigkeit in Deutschland wieder einschränken will, wer behauptet, die DDR-Übersiedler würden unser soziales Netz gefährden, der leitet Wasser auf die Mühlen der REP oder will sie gar rechts überholen.

Das jetzt nach jahrelangem Streit vorliegende neue Grundsatzprogramm der SPD ist ein Dokument fauler Kompromisse. Auch programmatisch versagt die SPD vor den Zukunftsaufgaben, vor

denen die Bundesrepublik Deutschland in den 90er Jahren steht. Das Godesberger Programm war für die Sozialdemokraten ein Schritt nach vorn. Jetzt wird es abgelöst durch ein Dokument der Orientierungslosigkeit und der Widersprüche. Das Berliner Programm der SPD bedeutet Rückschritt statt Fortschritt.

### III. Die SPD versagt vor den Aufgaben der 90er Jahre

Statt moderne zukunftsweisende Antworten für die Aufgaben der 90er Jahre zu geben zur Lösung der Fragen, die sich durch den Gesellschafts- und Wertewandel, die sozialen Veränderungen, den internationalen Wettbewerb und die Veränderungen in Osteuropa und der DDR stellen, ist die SPD verfangen in alten Konzepten der 70er Jahre und in ideologischen Widersprüchen. Sie kann sich aus überholten sozialistischen Denkstrukturen nicht befreien.

1. Die Bundesrepublik Deutschland muß wirtschaftlich stark bleiben, weil wir nur so in der Lage sind, Wohlstand und soziale Sicherheit zu erhalten, die erforderlichen Mittel für den Umweltschutz aufzubringen, der DDR wirtschaftlich beizustehen, den Demokratisierungsprozeß in Osteuropa zu unterstützen und der Dritten Welt zu helfen.

Die Regierung Helmut Kohl hat erreicht, daß wir die längste und stabilste Aufwärtsentwicklung der Nachkriegszeit haben. Seit 1983 wurden rund 1,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Die gute Konjunktur wird auch im nächsten Jahr andauern. Fachleute rechnen mit einem Anstieg der verfügbaren Einkommen um 7,5 Prozent und 400.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Diese günstige wirtschaftliche Ausgangslage würde gefährdet, wenn die SPD ihre

wirtschaftspolitischen Vorstellungen verwirklichen könnte. Ihre Politik der verstärkten Wirtschaftslenkung und der massiven Steuererhöhungen würde unsere Wirtschaft wieder in die Krisen der siebziger Jahre zurückführen.

Eine von der SPD in ihrem Programm geforderte drastische Verteuerung der Energiepreise würde insbesondere die einkommenschwächeren Mitbürger in ihrer Mobilität treffen. Zum Beispiel wurden im Rahmen der Arbeitsgruppe „Fortschritt 90“ Vorstellungen entwickelt, die eine Erhöhung des Benzinpreises um 50 Pfennig pro Liter vorsehen. Ein Durchschnittsverdiener mit zwei Kindern und 42.000 Mark ist durch die Steuerreform zwischen 1986 und 1990 um 1.932 Mark entlastet worden. Das sind monatlich 161 Mark. Angenommen der Durchschnittsverdiener legt bei seiner Fahrt zum Arbeitsplatz pro Jahr 26.000 Kilometer zurück, bedeutet dies bei einer Benzinpreiserhöhung von 50 Pfennig eine zusätzliche Belastung von 1.185 Mark pro Jahr, also monatlich 100 Mark. Damit würde die SPD dem Arbeitnehmer Zweidrittel dessen, was ihm die Bundesregierung gegeben hat, allein über die Benzinpreiserhöhung wieder abnehmen.

2. Die Gesundheitsreform der Regierung Helmut Kohl hat dazu geführt, daß immer mehr Medikamente preiswerter werden, Krankenkassenbeiträge sinken und mehr für Gesundheitsvorsorge getan wird.

Mit der Reform können erstmals über fünf Milliarden Mark für die häusliche Pflege eingesetzt werden, damit diese Welt der stillen Samariter endlich aus dem toten Winkel unseres Sozialstaates herauskommt.

Die Sozialdemokraten sind mit ihrer Sozialpolitik nicht in der Lage, das Gemeinwohl gegen mächtige Gruppeninteressen durchzusetzen. Sie wollen den

Sozialstaat einfach in die Zukunft fortschreiben, ohne die Frage der Finanzierbarkeit und die Frage der Hilfen für tatsächliche Bedürftige zu beantworten. Der demographische Wandel und dessen Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik werden von der SPD ignoriert.

3. Für den Wunsch nach mehr Individualität und Flexibilität in Wirtschaft und Gesellschaft hat die SPD keine Antwort, weil sie nach wie vor auf das dirigistische Handeln des Staates setzt; sie bevorzugt die kollektiven Lösungen einer sozialistischen Gleichschrittsgesellschaft. Die Forderung der SPD nach einer 30-Stunden-Woche überall in der Wirtschaft, gegen die sich selbst der IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler ausspricht, würde nicht nur Flexibilität blockieren und zunichte machen, sondern auch die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und damit den Wohlstand gefährden. Wer Wohlstand und soziale Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland erhalten, mehr Umweltschutz verwirklichen und den Ländern der Dritten Welt helfen will, muß nicht weniger, sondern mehr arbeiten.

4. In der Umweltpolitik hat die CDU nach jahrelanger Untätigkeit der SPD ein neues Kapitel aufgeschlagen.

Wir haben das schadstoffarme Auto und bleifreies Benzin zuerst in Deutschland und dann in Europa durchgesetzt. Bereits über 90 Prozent der neuen Autos fahren schadstoffarm. Durch die Großfeuerungsanlagen-Verordnung und die TA-Luft kommt es inzwischen zu einer Verringerung der Schadstoff-Emissionen um 1,3 Millionen Tonnen Schwefeldioxid, 600.000 Tonnen Stickstoffoxid und 3.500 Tonnen Blei-Ausstoß.

Die SPD redet über Umweltschutz. Aber sie hat weder die Einführung des Katalysators gewagt noch die Großfeuerungsanlagen-Verordnung oder die TA-Luft

durchgesetzt. Auf die ökologischen Herausforderungen gibt sie keine schlüssigen Antworten, weil Umwelt- und Energiepolitik nicht als Einheit angesehen werden. In der Diskussion über Klimaveränderungen durch CO<sub>2</sub>-Emissionen ist das SPD-Grundsatzprogramm eine reine Mogelpackung. Die Forderung, möglichst schnell aus der Kernenergie auszuweichen und mit vermehrtem Kohleeinsatz, Energieeinsparungen und regenerativen Energien die Energielücke zu schließen, schadet der Umwelt und täuscht die Menschen über die tatsächlichen Möglichkeiten. Vermehrter Kohleeinsatz verschärft das CO<sub>2</sub>-Problem, regenerative Energieträger sind auf absehbare Zeit im notwendigen Ausmaß nicht verfügbar, und Energieeinsparungen erzielen nicht den notwendigen Effekt.

In einer Zeit des grundlegenden Wandels ist die SPD nicht in der Lage, moderne und tragfähige Antworten auf die vor uns liegenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen zu geben. Die Weichenstellungen der SPD für die 90er Jahre führen aufs Abstellgleis.

#### **IV. In der Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik ist die SPD unglaubwürdig**

Die SPD ist unfähig, ein glaubwürdiges Bekenntnis zur deutschen Einheit abzulegen. Wo die Union ein klares „Ja“ sagt, kann sich die SPD nur zu einem gequälten „Vielleicht“ durchringen. Wo Bundeskanzler Helmut Kohl mit seinem 10-Punkte-Programm einen konkreten Weg zur deutschen Einheit weist, findet sich bei der SPD nur Perspektivlosigkeit.

Die SPD hat ihre anfängliche Zustimmung zum 10-Punkte-Programm zerredet und ist damit in einer historischen Stunde der Verantwortung als größte Opposi-



tionspartei unseres Landes wieder einmal nicht gerecht geworden. Ihre verbalen Ausfälle gegen dieses Zukunftsprogramm sollen offensichtlich die eigene Konzeptionslosigkeit verdecken. Während im Grundsatzprogramm zwar von der Einheit Deutschlands die Rede ist, versucht Herr Momper zugleich denjenigen nationalistische Töne zu unterstellen, die sich für die Wiedervereinigung aussprechen.

Wie glaubwürdig ist die SPD in ihrer Deutschlandpolitik, wenn führende SPD-Politiker noch vor kurzem das Streben nach Wiedervereinigung als „Lüge“, „Heuchelei“, „politische Umweltverschmutzung“ oder gar als „Lebenslüge der zweiten deutschen Republik“ diffamiert haben? So hat beispielsweise Oskar Lafontaine die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR gefordert; Walter Momper sprach vom „Volk der DDR“. Noch vor wenigen Wochen forderte der SPD-Vorsitzende Vogel eine „Ablehnung des leichtfertigen und illusionären Wiedervereinigungsgeredes“.

Immer mehr Deutsche wollen die Wiedervereinigung. Deshalb versucht die SPD jetzt, sich an den fahrenden Zug anzuhängen. „Wendehälse“ nennen unsere Landsleute in der DDR solche Politiker, die sich heute gern aus der Verantwortung für das stehlen würden, was sie vor dem 9. November 1989 gesagt und getan haben. Also Vorsicht: „Wendehälse“ gibt es nicht nur in der DDR!

Das ist die Deutschlandpolitik der SPD vor dem 9. November gewesen:

Jahrelang hat die SPD den Freiheitswillen der Menschen in der DDR falsch eingeschätzt und sich bei der SED angebietet:

■ Sie hat mit der SED vertragsähnliche Abmachungen geschlossen.

■ Durch diese Anbiederung an die SED ist die SPD den Reformkräften in der DDR in den Rücken gefallen. Sie hat der

SED eine Legitimation verschafft, über die sie in der Bevölkerung längst nicht mehr verfügte. Das gemeinsame Papier von SPD und SED, so die späte Erkenntnis des SPD-Parteiratsvorsitzenden, Norbert Gansel, hat der SED nur „zum Ausweis ihrer Liberalisierung nach außen und im Innern als Element der Legitimierung durch die Sozialdemokratie“ gedient.

■ Die SPD hat durch ihre vertragsähnlichen Abmachungen mit der SED eine Anti-NATO-Politik betrieben. Sie hat durch ihre Nebenaußenpolitik die einheitliche Politik der westlichen Demokratien unterlaufen und erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen behindert.

■ Die Anbiederung an die SED ging soweit, daß die SPD ihr in dem gemeinsamen Ideologie-Papier zugestand: „Sozialdemokraten und Kommunisten berufen sich beide auf das humanistische Erbe Europas“. Gehören denn Mauer und Stacheldraht, Stasi-Schikane und Unfreiheit zum humanistischen Erbe Europas?

■ Heute sitzen die Hauptgesprächspartner der SPD in Untersuchungshaft, es wird gegen sie ermittelt, oder sie sind politisch kaltgestellt. Gegen Hermann Axen beispielsweise, für den Egon Bahr noch Ende November „freundschaftliche Gefühle“ empfand und der Axen bestätigte, er sei „ein sehr feinfühligler Mensch“, läuft ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren.

Von all dem will die SPD nichts mehr wissen. Doch bis heute hat die SPD die Bedeutung der Freiheitsfrage für die Menschen nicht erkannt. Nicht nur fehlt im gemeinsamen Papier von SPD und SED das Wort „Freiheit“ völlig. Egon Bahr hat gar die Flüchtlinge, die oft unter Lebensgefahr aus der DDR zu uns in die Freiheit kamen, als „Gefährdung des Entspannungsprozesses“ bezeichnet. Auch im deutschland- und osteuropapoliti-

schen Teil des neuen Berliner Programms der SPD kommt das Wort „Freiheit“ nicht vor.

Die SPD verkennt nicht nur die Bedeutung dieser entscheidenden Dimension des Menschlichen, sondern auch, daß der Frieden nur Wirklichkeit werden kann, wenn die Menschen frei sind. Frieden und Freiheit gehören zusammen.

Sich von dieser verfehlten Politik zu distanzieren, wäre ein Stück Ehrlichkeit auch gegenüber den Reformkräften in der DDR. Man muß nur daran erinnern, daß der führende Deutschlandexperte der SPD, Egon Bahr, noch am 9. Oktober, nur zwei Tage nach dem Gründungsauftrag der SDP, jeglichen Kontakt zu der neuen Partei mit der Begründung bestritt, die SPD halte „sich mit großer Sorgfalt“ daran, in anderen Ländern „nicht konspirativ tätig“ zu werden.

Die SPD hat sich um die Reformgruppen erst gekümmert, als sie diese für ihre innen- und wahlpolitischen Ziele einspannen wollte, um einen angeblich „neuen“ Sozialismus zu propagieren. Wenn die SPD sich jetzt aus parteipolitischen Gründen auf einen Partner fixiert, stellt sie zudem die Menschen der DDR ins Abseits, die ebenfalls für Freiheit und Demokratie kämpfen. Die DDR braucht aber keine Spaltung, sondern ein Zusammenwirken aller Kräfte der Freiheit, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verwirklichen zu können.

Eine Politik der „Wendehälse“, die ihr Fähnchen in den Wind der Stimmungen hängt, ist keine Alternative zu einer kontinuierlichen Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik, wie sie die CDU betrieben hat. Allein die Union hat am Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, an der Einheit der Nation und an der deutschen Staatsangehörigkeit für alle Deutschen festgehalten und zugleich die Politik der guten Nachbarschaft mit den

Ländern Mittel- und Osteuropas gestärkt. Die von der CDU geführte Bundesregierung hat die europäische Einigung nachdrücklich vorangetrieben und dadurch eine Dynamik entwickelt, die die Reformen in diesen Ländern mit ausgelöst hat. Nicht zuletzt waren die Beiträge der Bundesregierung für die Festigung des Bündnisses Anfang der 80er Jahre und die darauf aufbauenden Abrüstungsinitiativen entscheidend für den Wandel in Europa. Zu dieser Politik bietet die SPD keine Alternative.

### V. In der Wirtschaftspolitik versagt die SPD vor den Herausforderungen der 90er Jahre

Obwohl in der DDR die staatlich gelenkte sozialistische Planwirtschaft gescheitert und der Ruf nach Sozialer Marktwirtschaft unüberhörbar ist, ist das Grundsatzprogramm der SPD von einem grundsätzlichen Mißtrauen gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft bestimmt und damit wohlstands- und beschäftigungsfeindlich.

Die SPD zeigt sich lernunfähig. Ganz so, als habe es diese Entwicklung nicht gegeben, behauptet sie: „Ein historisches Grundproblem des Wettbewerbssystems ist seine Verbindung mit der **privaten** Verfügung über die Produktionsmittel“.

„Eine Politik, die Wachstumsfelder auswählt“, die für „vorausschauende Strukturpolitik“ und für „gesamtgesellschaftliche Steuerung“ plädiert — diese Formulierungen offenbaren die Planungs- und Steuerungsgläubigkeit der SPD, die in den 70er Jahren bereits einmal gescheitert ist.

Das Grundsatzprogramm macht darüber hinaus deutlich, daß der SPD der

Gedanke der Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften weiterhin fremd ist. Wer von „der Herrschaftsmacht des Kapitals über Menschen im Arbeitsprozeß und auf dem Arbeitsmarkt“ spricht, läßt einen erschreckenden Realitätsverlust erkennen. Die SPD hat sich von den Denkschablonen des 19. Jahrhunderts immer noch nicht gelöst.

Die SPD sollte endlich die Schlußfolgerung aus dem Bankrott der sozialistischen Planwirtschaft ziehen und darauf verzichten, individuelle Freiheit und Selbstbestimmung durch staatliche Vorgaben ersetzen zu wollen. Es ist ein Irrtum zu glauben, nur der „real existierende Sozialismus“ des Ostblocks sei gescheitert und es komme jetzt darauf an, einen geläuterten, demokratischen Sozialismus à la SPD durchzusetzen. Es gibt nur einen Sozialismus, und der steht für Bevormundung und Mißwirtschaft.

Widersprüchlichkeiten durchziehen auch die bislang bekanntgewordenen Grundzüge eines sogenannten Regierungsprogramms der SPD im Bericht der Arbeitsgruppe „Fortschritt 90“. Gegen den Voratz „Nur das versprechen, was solide finanziert werden kann“ verstößt die SPD selbst nahezu täglich. Sie verkündet ständig eine Vielzahl neuer staatlicher Leistungen: einheitliches Kindergeld von 200 Mark monatlich; Ausweitung des bezahlten Elternurlaubs; Verdoppelung der Weiterbildungsmaßnahmen; Erhöhung staatlicher Transferleistungen für Rentner, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Studenten, Auszubildende, Wohngeldempfänger, Schwerbehinderte usw. Über die Finanzierung kann die SPD keine Auskunft geben.

Seit dem Regierungswechsel 1982 hat die SPD finanzwirksame Forderungen von mehr als 130 Milliarden Mark erhoben.

Allein die Steuermindereinnahmen aus der am 1. Januar 1990 in Kraft getretenen 3. Stufe der Steuerreform hat sie bereits dreimal verplant: für ihr Arbeitsmarktprogramm, für den Umweltschutz und für die Hilfe zugunsten der DDR. Wer eine Mark gleich dreimal ausgeben will, dem kann die Verantwortung für die Wirtschaft nicht anvertraut werden. ■

## Ost-CDU koaliert nicht mehr mit SED

Die CDU in der DDR wird nach den Wahlen am 6. Mai keine Koalition mit der SED mehr eingehen. Das beschloß der Vorstand der Ost-CDU auf seiner Tagung in Burgscheidungen bei Halle. Zur Zeit ist die Ost-CDU noch an der Regierung Modrow mit mehreren Ministern beteiligt. Der 17. Parteitag der Ost-CDU wird am 9. und 10. März in Ost-Berlin stattfinden.

CDU-Generalsekretär Volker Rühle hat die Ost-CDU aufgefordert, die Regierung der DDR unter Ministerpräsident Hans Modrow (SED) zu verlassen. In einem Gespräch mit der Zeitung „Die Welt“ sagte er: „Die CDU in der DDR sollte jetzt einen Schlußstrich gegenüber der SED ziehen und sich an die Seite der Opposition stellen.“

### Zitat

*„Wir halten es für geboten, bei allem, was wir jetzt tun und entscheiden, die Auffassungen, Meinungen und Empfehlungen der oppositionellen Gruppen in der DDR zu berücksichtigen. Auf diesen Kontakt legen wir weiterhin größten Wert. Wir alle sollten ihn auch in Zukunft intensiv pflegen.“*

**Bundeskanzler Helmut Kohl am 29. November 1989 in der Einleitung zu seinem Zehn-Punkte-Plan vor dem Deutschen Bundestag.**

# Wir trauern um einen deutschen Patrioten

## Helmut Kohl würdigt die Verdienste Gerhard Schröders

*Mit Gerhard Schröder verliert die Bundesrepublik Deutschland eine ihrer herausragenden politischen Persönlichkeiten der ersten Stunde. Über vierzig Jahre hat er — davon zwei Jahrzehnte als Weggefährte Konrad Adenauers, Ludwig Erhards und Kurt Georg Kiesingers — die Politik unseres Staates maßgeblich mitgestaltet.*

*Gerhard Schröder kam aus der Kriegsgeneration. Geprägt von den bitteren Erfahrungen in der Zeit des NS-Regimes, hat er seit 1945 mit Leidenschaft und großer intellektueller Kraft für den Aufbau und die Festigung unserer rechtsstaatlichen Demokratie gewirkt.*

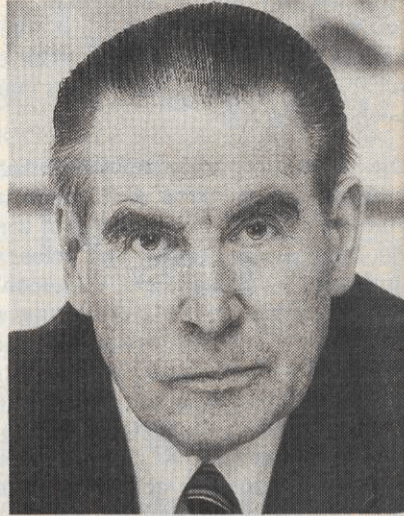
*Über drei Jahrzehnte gehörte er dem Deutschen Bundestag an. Während dieser Zeit trug er 16 Jahre lang als Mitglied der Bundesregierung hohe Verantwortung für die Stabilität unserer demokratischen Ordnung und für die Verankerung unserer Republik in der Wertegemeinschaft des Westens — zunächst als Bundesminister des Innern, danach als Bundesaußenminister und schließlich als Bundesminister der Verteidigung. Auch als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages in den Jahren von 1969 bis 1980 trug Gerhard Schröder dazu bei, unserem Staat einen Platz als geachtetes Mitglied der Völkergemeinschaft zu sichern.*

*Es war eines seiner großen Anliegen, die Bundesrepublik Deutschland in das Atlantische Bündnis und in die Europäische Gemeinschaft fest einzubinden. Auf dieser Grundlage unternahm er wegweisende Schritte zum Abbau des Ost-West-Gegensatzes. Mit der Friedensnote von 1966 wurde eine neue Phase der Politik gegenüber unseren östlichen Nachbarn eingeleitet. Die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland war für ihn untrennbar mit der inneren verbunden. Beharrlich hielt er am Ziel der deutschen Einheit fest.*

*Als überzeugter evangelischer Christ gehörte Gerhard Schröder zu den Gründern der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Er hat nicht zuletzt als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU von 1955 bis 1978 das geistige und politische Profil der Union mitgeprägt.*

*Gerhard Schröder zeichnete sich durch außerordentliche Sachkunde, einen unverwechselbaren persönlichen Stil und große Fairneß im Umgang auch mit dem politischen Gegner aus. Über Parteigrenzen hinweg erwarb er sich Ansehen und Respekt.*

*Gerhard Schröder hat sich in seinem langen politischen Leben stets dem demokratischen Staate verpflichtet gefühlt. Die CDU Deutschlands dankt ihm für seine bleibenden Verdienste um die Union, ich selbst danke ihm für seine freundschaftliche und kameradschaftliche Hilfe und Unterstützung in vielen Jahren. Wir trauern um einen deutschen Patrioten. Gerhard Schröder hat sich um unser Vaterland verdient gemacht.*



# Umweltschutz fängt zu Hause an

## UMWELT-KALENDER 1990

**CDU**  
Wir für Sie



### Regenroten sind nützlich

Frischwasser ist viel zu schade und wertvoll, um es zum Blümgießen zu verwenden. Einfache Art und Weise Regenwasser aufzufangen: Regentonnen auf, wo immer es geht.

MAI			
Do	Fr	SA	So
3	4	5	6
10	11	12	13
17	18	19	20
24	25	26	27
31			

JUNI						
Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So
				1	2	3
4	5	6	7	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17
18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	

### Gartenflöhe

Im Garten sollten keine chemischen Spritze- und Düngemittel angewendet werden. Ein Gut Spürnasen und Gleichgewicht!



### UMWELTSCHUTZ FÄNGT ZU HAUSE AN

Von Bundeskanzler Helmut Kohl

Uns allen ist die Schatz der Natur nur auf Zeit anvertraut. Wir sind verpflichtet, sorgsam mit ihm umzugehen, ihn zu erhalten und zu pflegen. Wenn wir das Erbe, das wir unseren Kindern hinterlassen wollen, in einem möglichst guten Zustand an kommende Generationen weitergeben wollen, dann müssen wir alle zu einem großen Gemeinschaftsbewusstsein werden. Umweltschutz ist nicht nur eine Angelegenheit des Staates, sondern die Pflicht jedes einzelnen Bürgers.

Als Verbraucher zum Beispiel, aber auch als Autofahrer etwas sind wir alle in irgendeiner Form Verantwortung für Umweltschutz. Deshalb sind wir auch alle gemeinsam für deren Lösung verantwortlich. Jeder einzelne kann durch sein Verhalten, vor allem durch eine bewusste Lebensweise, einen Beitrag zum Schutz unserer Umwelt leisten: beim Energieverbrauch, bei der Vermeidung und Wiederverwertung von Hausmüll ebenso wie im Verkehr. Umweltbewusstes Verhalten bringt dem Menschen neue Lebensqualität.

Wer immer nur auf die Initiative des Staates oder des Nachbarn wartet, der wird seiner persönlichen Verantwortung nicht gerecht. Umweltschutz fängt in ursprünglichen Sinne des Wortes - zu Hause an. Dieser Kalender soll Ihnen die ganze Jahr über helfen, Ihren eigenen Beitrag zu einem großen Gemeinschaftsauftrag zu leisten - im Interesse der besten Lebenswelt und zum Wohle unserer Kinder und Enkel.



Helmut Kohl (Mitte) im Park des Schlosses in Bonn. Er ist der erste Bundeskanzler, der einen Umweltschutztag einleitet. Er ist der erste Bundeskanzler, der einen Umweltschutztag einleitet. Er ist der erste Bundeskanzler, der einen Umweltschutztag einleitet.

### OKTOBER

Di	Mi	Do	Fr	SA	So
1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30
31					

**GIFTMÜLL IST SONDERMÜLL!**

Sie die wichtigsten Sondermüllarten, die auf keinen Fall in die Hausmülltonnen gehören: Pflanzenschutz, Desinfektions- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Lacke und Farben, Klebstoffe, Säuren und Laugenmittel, Imprägnierungen, Flackentferner, Chemikalien aus dem Hobbylabor, Arzneimittel, Spraydosen, Haarschutzmittel, Autobatterien, Altöl.

### CONTAINER UND ABGABESTELLEN

Für Sondermüll sind eine wichtige Ergänzung zu städtischen Sondermüllabfuhr, die umweltbedingende Stoffe aus dem Haushalt abholen. Damit Sie immer auf einen Blick vor Augen haben, wo der nächste Container für Ihren Sondermüll steht, empfiehlt es sich, die Standorte hier einzutragen:

SONDERMÜLL	
ALTBATTERIEN	
GIFTMÜLL	
ALTÖL	
ALTPAPIER ZEITUNGEN	
KÜHLMÖBEL	
ALTGLAS FLASCHEN	
BIOMÜLL GARTENABFALL	

Bestell-Nr.: 2205  
Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis je Mindestabnahme: 25,— DM zuzügl. MwSt.

Der Umweltschutz wird bei den bevorstehenden Kommunal-, Landtags- und auch bei der Bundestagswahl eine wichtige Rolle spielen. Deshalb bietet die Bundesgeschäftsstelle den Kreisparteien und unseren Mandatsträgern für die Arbeit „vor Ort“ neben anderen Materialien auch den „Umweltkalender 1990“ an. Ein hervorragendes Werbemittel, das in die Hände eines jeden Bürgers gehört. Dieser Kalender zeigt, daß

jeder seinen eigenen Beitrag zu der großen Gemeinschaftsaufgabe Umweltschutz leisten kann. Ganz praktisch — in dem jeder sich mit selbstklebenden bunten Punkten die Abholtermine für Sondermüll markieren kann.  
Bestell-Nr.: 2205  
Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM zuzügl. MwSt. inkl. Versand

## Informationsoffensive Steuerreform

Am 1. Januar 1990 trat die dritte und entscheidende Stufe der großen Steuerreform in Kraft. Die Einführung eines neuen Steuertarifs, der die Steuerprogression verringert und den leistungshemmenden Steilwandtarif der SPD abschafft, ist Kernstück der Reform. Diese dritte Stufe bringt wiederum deutliche Steuersenkungen für Arbeitnehmer und Mittelstand in Höhe von 24 Milliarden Mark. Insgesamt werden die Steuerzahler zusammen mit den beiden ersten Stufen um rund 49 Milliarden Mark entlastet.

Die große Steuerreform ist ein einmaliges Ereignis in der Wirtschafts- und Finanzgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, denn noch nie zuvor haben Regierungen mit ihren Steuerbeschlüssen die Bürger in dieser Weise entlastet. Leider

### Tips für alle CDU-Verbände

wird diese Tatsache in der Öffentlichkeit und bei vielen Bürgern nicht hinreichend gewürdigt. Deshalb muß es gerade in den nächsten Wochen darum gehen, die Vorteile, die die Steuerreform für alle Steuerzahler bringt, in den Vordergrund zu stellen.

### Kernpunkte unserer Steuerreform sind:

- Die Reform belohnt Erfolg und Aufstieg im Beruf. Bisher drohte eine zu

## Die Steuerreform

AZ

**CDU**  
Die Zukunft

steile Steuerprogression den Leistungswillen vieler Bürger zu lähmen.

- Die Reform hilft den Familien. Wer Kinder hat, zahlt beträchtlich weniger Steuern als bisher.
- Weitere 500.000 Steuerzahler — vor allem solche mit geringem Einkommen zahlen nach dem neuen Tarif überhaupt keine Lohnsteuer mehr.
- Die Reform schafft Arbeitsplätze. Weil mittelständische Betriebe künftig eine geringere Steuerlast tragen, können sie mehr Geld für Investitionen ausgeben. So wird unsere Wirtschaft fit für den Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt.

Die Steuerreform ist eine Investition in Deutschlands Zukunft. Mit einer breit

angelegten Informationskampagne müssen wir gemeinsam die Bürger informieren. Die Bundesgeschäftsstelle der CDU hat hierzu neues Informationsmaterial erarbeitet, das kostengünstig im **IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Vermold, bezogen werden kann: „Die Steuerreform von A — Z“ und „Gehaltsabrechnung“.**

Über die Verteilung der Materialien hinaus sollten vor Ort eigene Aktionen zur Steuerreform durchgeführt werden.

- So kann zum Beispiel von den Kreisparteien Mitte bis Ende Januar 1990 ein Bürger-Telefon zur Steuerreform eingerichtet werden. In diese Aktion können sachkundige Mitglieder der Mittelstandsvereinigung einbezogen werden.

- Darüber hinaus können die Kreisverbände in den Lokalausgaben der Zeitungen und in den Anzeigenblättern kleine Anzeigen aufgeben, die über die Steuerreform informieren.

Der Generalsekretär Volker Rühle hat an die 2.400 CDU-Mitglieder in den wirtschafts- und steuerberatenden Berufen geschrieben und sie gebeten, sich den Kreisverbänden für Informationsaktionen zur Verfügung zu stellen. Erste positive Reaktionen liegen vor.

Wenn sich alle Gliederungen unserer Partei aktiv an der „Offensive Steuerreform“ beteiligen, wird es uns gelingen, die Steuerreform als die große Reform dieser Legislaturperiode im Bewußtsein der Bürger zu verankern.

### „Die Steuerreform von A — Z“

Bestell-Nr.: 5212

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 18,— DM

### „Gehaltsabrechnung“

Bestell-Nr.: 2213

Mindestabnahme: 250 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 42,— DM

Lohn-/  
Gehaltsabrechnung

Mit der Bitte  
um Kenntnisnahme  
Ihre **CDU**

P-Nr.

AGS

Abrechnungszeitraum

01. - 31.01.1990

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1

## Neu im Angebot

Der Kleine Parteitag der CDU am 11. Dezember 1989 in Berlin war ausschließlich der Deutschlandpolitik gewidmet, die in diesen Tagen und Wochen die Welt bewegt. Die Bundesgeschäftsstelle hat aus aktuellem Anlaß eine Broschüre herausgegeben, in der die Rede des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden, des Generalsekretärs, die in Berlin beschlossenen Leitlinien der CDU zur Deutschlandpolitik sowie Redebeiträge der Gäste aus der DDR enthalten sind.

Außerdem finden Sie in der Broschüre das Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas und die Wiesbadener Parteitagsbeschlüsse „Unsere Verantwortung in der Welt“.

### Broschüre: Wir sind ein Volk

Bestell-Nr.: 5224

Mindestabnahme: 25 Exemplare

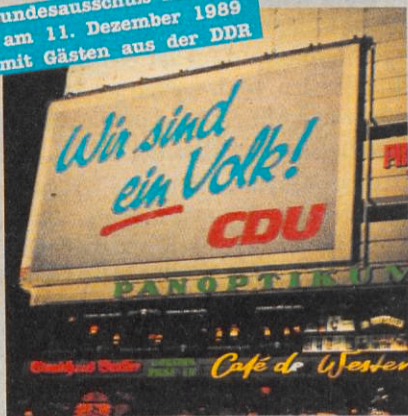
Preis pro Mindestabnahme: 35,— DM  
zuzügl. MwSt inkl. Versand.

# UID

1/90

## Freiheit und Einheit

Bundesausschuß in Berlin  
am 11. Dezember 1989  
mit Gästen aus der DDR



Deutschland  
aktuell

# CDU

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum**

**Postfach 13 28, 4804 Versmold**

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.